

## Stellungnahme der BI Alleestraße zu den Haushaltsberatungen für 2023

### Weitere Steuererhöhungen oder kreatives Sparen?

Der „Politische Stammtisch“ der BI Alleestraße am 1.12.2022 bezeichnete die Absicht der SPD und der GRÜNEN als unfassbar, die Grundsteuer B um 29,4% auf 493 Punkte zu erhöhen. „Das seien ja nur im Schnitt 50 Euro pro Haushalt mehr,“ wurde von Jochen Stoppenbrink argumentiert. „Starke Schultern könnten dies tragen“, formulierte er weiter.“

Der Politische Stammtisch stellte fest, daß die Bürgerschaft unter massiven Preiserhöhungen ächzt. Die Preise für Energie, Lebensmittel, Treibstoffe und notwendige Waren des täglichen Gebrauchs steigen Monat für Monat erheblich. Das Trinkwasser wird zu Beginn des kommenden Jahres teurer, ebenso wie die Dienstleistungen der Stadt, die ab 2023 der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Ein Ende der Inflation ist nach Wirtschaftsexperten zu urteilen nicht abzusehen. Untere und große Teile der mittleren Einkommenshaushalte sind und werden an ihre Grenzen kommen.

Froh kann die Bevölkerung sein, daß der Finanzminister im Bund plant, die Steuerprogression zu entschärfen. Die Bundesregierung entlastet teilweise die Bürgerschaft von den extrem steigenden Energiekosten. In Halle wollen die GRÜNEN und die SPD die Bürgerschaft aber über das vorgeschlagene moderate Maß des Bürgermeisters hinaus weiter belasten. GRÜNE und SPD beantragten noch eine weitere Steuererhöhung (Grundsteuer B), die Mieter wie Grundbesitzer zahlen. Es stünde den GRÜNEN und der SPD gut an, andere Ideen zu entwickeln, um einen ausgeglichenen Haushalt zur Entscheidung im Rat am 14. Dezember vorzulegen. Der Bürgermeister legte dem Rat Listen mit Sparmöglichkeiten vor.

Kreatives Sparen mit dem Ziel, mehr mit den vorhandenen finanziellen Mitteln zu verwirklichen und zu erreichen sowie Verschiebbares aufzuschieben und den effizienten Einsatz finanzieller Mittel als oberstes Maß der Entscheidungen anzusetzen, steht an. Ob bei einer Investition eines Euros in andere Bereiche mehr an CO2 Emissionen eingespart werden kann oder nicht, interessiert SPD und GRÜNE nicht! Bisher haben Grüne und SPD sich geweigert, so zu entscheiden. Wir erinnern an unsere Einwendung zum Haushalt für 2022, die die finanzielle Effizienz bei Klimaschutzmaßnahmen als strategisches Ziel vorsah.

Die Bundesregierung lernt zur Zeit dazu und lässt alte grün-rote Vorbehalte, auch gegen den Blauen Wasserstoff, fallen. Die CO2-Abscheidung und -Speicherung bei der Umwandlung von Erdgas zu Wasserstoff ist nun im Habeck Ministerium eine akzeptierte Lösung. Die Energiewende nach Grün-Rot ist ja krachend gescheitert. Wann lernen GRÜNE und SPD in Halle endlich dazu? Die Zeit wird knapp.

i.A. Helmut Rose

7. Dezember 2022